Nummer 246 — 28. Jahrgang

Erscheint 6mal wöchentl. mit den Illustr. Gratisbeilagen „Die Welt und der Kindertbeilage „Frohmut", sowie den Textbeilagen „St. Benno-Blatt", „Unterhaltung und Wissen", „Die Welt der Frau", Aerztlicher Ratgeber", „Das gute Buch", „Filmrundschau". Monatlicher Bezugspreis 3 Mk. einschl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 ₰. Sonnabend- u. Sonntagnummer 20 ₰. Hauptschriftleiter: Dr. G. Dötzehl, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Mittwoch, den 23. Oktober 1929

Verlagsort: Dresden

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Petitzeile 30 ₰. Familienanzeigen u. Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 90 mm breit, 1 ℳ. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 ₰, die Petitreklamezeile 1,30 ℳ, Briefgeb. 30 ₰. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung d. Anzeigen-Aufträgen u. Leistung d. Schadensersatz. Geschäftlicher Leil: Artur Lenz, Dresden.

Geschäftsstelle, Druck u. Verlag: Germania, A.-G. für Verlag und Druckerei, Filiale Dresden, Dresden-A. 1, Wilsdrufferstraße 17. Fernruf 21013. Postscheckkonto Dresden 1703. Bankkonto: Stadtbank Dresden Nr. 61719

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Wilsdrufferstraße 17. Fernruf 20711 und 21012.

Der Zündholz-Vertrag unterzeichnet

Monopol auf 32 Jahre — Die Anleihe für das Reich — Die Zündhölzer werden teurer

Kreugers Erfolg

Berlin, 22. Oktober.

Zwischen dem Reich einerseits und Herrn Ivar Kreuger andererseits ist gestern im Reichsfinanzministerium ein Vorvertrag über eine im Zusammenhang mit der Neuregelung der deutschen Zündholzwirtschaft stehende Anleihe paraphiert worden. Ueber die Grundlagen eines endgültigen Vertragsabschlusses besteht volles Einverständnis. Einige Einzelheiten sind noch Gegenstand von Verhandlungen. Der Abschluß des Vertrages selbst wird in einigen Tagen erfolgen. Die Oeffentlichkeit wird sodann über den Inhalt des Abkommens eingehend unterrichtet werden.

*

Die Direktion des schwedischen Zündholztrusts gibt folgende offizielle Mitteilung heraus: „Ein endgültiger Vertrag ist am Sonnabend abgeschlossen worden zwischen der deutschen Reichsregierung und der schwedischen Zündholzgesellschaft sowie der Firma A. B. Finanzielle Maatschappij Kreuger u. Toll, wodurch das Monopolrecht für Deutschland für Verkauf, Ausfuhr und Einfuhr von Streichhölzern der deutschen Zündholzverkaufs-A.-G. überlassen wird, die voraussichtlich später infolge der Transaktion ihren Namen ändern wird. **Die Zeit für die Ueberlassung des Monopols ist festgestellt worden auf wenigstens 32 Jahre und höchstens 50 Jahre, abhängig von dem Zeitpunkt für die Rückzahlung des in Verbindung mit der Transaktion der deutschen Regierung gewährten Darlehens.** Während der Vertragszeit dürfen keine neuen Zündholzfabriken in Deutschland angelegt werden.

Die Hälfte der Aktien in der Monopolgesellschaft sollen direkt oder indirekt von der schwedischen Zündholzgesellschaft und der International Match Corporation und die andere Hälfte der Aktien von den deutschen Fabriken und der Reichskredit-A.-G. übernommen werden. Die Erzeugungsquoten für die Zündholzfabriken sind so festgesetzt worden, daß die zu der schwedischen Zündholzgesellschaft gehörigen Fabriken 35 v. H. der Zündholzerzeugung erhalten. Hinsichtlich der Preisfestsetzung für Zündhölzer soll **der Einzelverkaufspreis von 25 auf 30 Pf. je Paket von 10 Schachteln erhöht** werden; besonders ausführliche Bestimmungen für die Preisfeststellung sind in den Vertrag aufgenommen. Den Aktienbesitzern der Monopolgesellschaft wird zugesichert eine feste Dividende auf ihre Aktien in Höhe von 9 v. H. Die Regierung soll 13 RM. je Kiste von 10 000 Schachteln erhalten und der möglicherweise darüber hinausgehende Gewinn soll zu gleichen Teilen zwischen dem deutschen Staat und den schwedischen Interessenten verteilt werden.

In Verbindung mit dem jetzt abgeschlossenen Vertrag soll A. B. Finanzielle Maatschappij Kreuger u. Toll dem deutschen Staat **ein Darlehen von 125 Millionen Dollar auf eine Zeit von 50 Jahren** geben zu einem Zinsfuß von 6 v. H. und zu 93 v. H. Ausgabekurs sowie mit einem Konvertierungsrecht für den deutschen Staat zu pari nach zehn Jahren. Das Darlehen soll in zwei Teile geteilt werden, der eine zu 50 Millionen Dollar sieben Monate nach dem Inkrafttreten des Vertrages und der Rest von 75 Millionen Dollar nach weiteren neun Monaten. **Der Vertrag soll vom Reichstag ratifiziert werden und ist abhängig von der Annahme des Youngplanes.**

Parlamentsbeginn in Paris

Beratung des Staatshaushalts — Ratifikation des Youngplanes Anfang Dezember?

Paris, 22. Oktober.

Kammer und Senat treten heute mittag zu einer außerordentlichen Tagung zusammen. Die Regierung wird voraussichtlich zu Beginn der Sitzung die Forderung stellen, daß die Aussprache über das Budget für 1929 ohne Unterbrechung durchgeführt werde. Die Interpellationen, die sich auf die auswärtige und allgemeine Politik beziehen, sollen zurückgestellt werden.

Diese etwa 20 Interpellationen, die sich zum Teil auf die Rheinlandräumung, auf die Saarfrage, auf die Ergebnisse der Haager Konferenz, auf die Unterredungen des Abgeordneten Paul Reynaud mit Deutschen sowie auf die Frage der Abrüstung und des Verteidigungssystems an der französischen Ostgrenze beziehen, sollen bis zu dem Tage zurückgestellt werden, an dem das Gesetz über die Ratifizierung des Youngplanes zur Debatte steht. **Man nimmt an, daß dies frühestens in den ersten Dezembertagen geschehen kann.** Die beginnende Tagung dürfte also fast ausschließlich der Beratung des Budgets und der Ratifizierung der Haager Abkommen gewidmet sein.

*

Auf einer Versammlung des Radikalen Bezirksverbandes des Departements Oise sollte gestern der Vorsitzende der Radikalen Partei, der Abgeordnete Daladier, eine Rede halten, die man als eine Art Vorrede für den Ende dieser Woche in Reims stattfindenden Radikalen Parteitag angekündigt hatte. Daladier ließ sich entschuldigen, da er unpäßlich sei. An seiner Stelle sprach der radikale Abgeordnete Dalimier, der in seiner Rede die Gedanken seines politischen Freundes zum Ausdruck brachte. Dalimier ging von dem Gedanken aus, daß der Kongreß in Reims zwei wesentliche Dinge zu bestimmen haben werde, einmal welche Haltung die Partei gegenüber einer Regierung einnehmen müsse, die von den rechtsstehenden Parteien unterstützt werde, und in zweiter Linie eine Aussprache über die notwendigen Reformen, die auf innerpolitischem Gebiete durchgeführt werden müßten.

Da nun die Stunde wiedergekommen sei, in der die politischen Parteien ihre Doktrinen und ihre Programme einander entgegenstellen könnten, werde die Partei in Reims betonen müssen, daß die Radikalen ihre Stimmen auf keinen Fall mit denen der Rechten vereinigen und sich auch nicht als Ersatzmehrheit hergeben würden. Es sei eine Regierung und es sei eine Mehrheit vorhanden. Möge jene mit dieser regieren. Zu dem Plan, einen wirtschaftlichen Zusammenschluß in Europa herbeizuführen, bemerkte der Redner, daß dieser Plan eine logische Folge der von den Radikalen vertretenen auswärtigen Politik sei und eifrige, begeisterte, aber auch wohlüberlegte Unterstützung erfahre. Die Stunde für eine kraftvolle reformatorische Aktion und eine kühne Friedenspolitik sei gekommen. Dalimier erklärte schließlich, um zu stabilisieren, um zu ratifizieren, um zu räumen, war die jetzige Mehrheit vollkommen. Indem sie alles das getan hat, was sie bekämpft hat, hat sie jedes Kampfmittel verloren. In Reims werden wir allen Republikanern, die kein Kompromiß annehmen, die Hand reichen. Als Oppositionspartei werden wir erklären, daß wir die Regierung nur übernehmen wollen, wenn sie uns die Mittel zur Reorganisierung gibt.

Auf dem radikalsozialistischen Parteitag des Rhonebezirks beschäftigte sich der frühere Unterrichtsminister Herriot mit der erfolgreichen Außenpolitik seiner Partei. Heute befinde sich die Außenpolitik in folgender paradoxen Lage: Der Ministerpräsident werde von einer Mehrheit gestützt, deren Vertreter die radikale Partei bekämpfen würden, wenn diese die gleiche politische Linie einhalten würde. Man hat uns, so erklärte Herriot wörtlich, vorgeworfen, durch die Verträge von London und die Anwendung des Dawesplanes Frankreich ein nie wieder gutzumachendes Unrecht zugefügt zu haben. Heute kann ich Zahlen liefern, die bisher nicht veröffentlicht wurden und die beweisen, daß die französische Finanzlage der radikalen Partei ebenso am Herzen liegt wie der Friede. Der Dawesplan, den die Radikalen zur Anwendung gebracht haben, hat Frankreich in fünf Jahren 4 073 247 000 Goldmark eingebracht. Dieses Ergebnis wurde erreicht, ohne daß der Friede gestört wurde, ja, die Radikalen haben die Beziehungen zu den früheren Feinden noch verbessern können. Herriot sprach dann **der Außenpolitik Briands seine Zustimmung aus und erklärte, die Radikalen wollten diese weiter fördern.** Die Rede Herriots wurde mit sehr starkem Beifall aufgenommen.

Warum wir ablehnen!

Von Pfarrer L. Kirsch, Reichenbach.

Das alte mißtönende Lied deutscher Zwietracht geht wieder durch die Lande, gemischt mit Verleumdung, freventlichem Urteil und ungeheurer Selbstüberhebung. Eigentlich ist für jeden treuen Katholiken die Angelegenheit des Volksbegehrens für das sogenannte „Freiheitsgesetz" schon damit erledigt, daß die deutschen Bischöfe einmütig ihren Gläubigen raten, das Volksbegehren nicht zu unterschreiben. Aber nicht nur die offizielle Stellungnahme des sächsischen Katholikenausschusses der Deutschnationalen Volkspartei (lebt er nach den preußischen Konkordatsverfahrungen immer noch?), die dem Breslauer Kardinal glaubte eine schlechte Note erteilen zu müssen, weil er zuerst offen gegen das Volksbegehren sich wandte, sondern auch ein in diesen Tagen erschienener Aufruf „An die Katholiken Deutschlands", der von einem „Pater Raymundus" (?) unterzeichnet ist und unter blasphemischer Mahnung an das Sterbebett für das Volksbegehren wirbt, machen es nötig, noch einmal klarzustellen, warum wir als Katholiken, nicht als Parteiangehörige, gegen das Volksbegehren sind.

Der Gründe sind verschiedene, besonders finanzielle, wirtschaftlicher, politischer und moralischer Art. Was die zuerst genannten Gesichtspunkte anbelangt, so ist es jedem, der die Verhandlungen über den Young-Plan von Anfang an verfolgt hat, klar, daß dieser Plan, wie überhaupt die ganzen bisherigen Verhandlungen mit unseren Kriegsgegnern, durchaus nicht als Ideallösung anzusehen ist. Ein nicht zu unterschätzender Vorteil ist die tatsächliche Herabsetzung der Jahreszahlungen, besonders für die nächsten Jahre, durch den Wegfall der Industriebeabgabe, ferner die endgültige Festsetzung unserer Gesamtschuld, die wir binnen etwa 70 Jahren abgezahlt haben sollen. Gerade hier setzen die Anhänger des Volksbegehrens ein und jammern über die „Versklavung" unserer Kinder und Kindeskinder, malen verzerrte Negerfratzen an die Anschlagssäulen mit dem Ausruf „Auch das Kind dieses Kindes muß mir noch zahlen". Aber überlegen wir doch einmal in Ruhe: Wir haben den Krieg nun einmal leider verloren, wir gläubigen Katholiken sehen dies als eine Fügung Gottes an, der wir uns in Demut unterwerfen müssen. Diese Niederlage, nicht die im Friedensvertrage vorgeschobene angebliche Alleinschuld Deutschlands, an die in der ganzen Welt höchstens noch ein paar überspannte Zeitungsschreibenten in Frankreich, sonst aber keine maßgebenden Kreise mehr glauben, ist die eigentliche Ursache unserer Reparationsverpflichtungen. Ueber die Gerechtigkeit dieser Summen in den einzelnen Teilen läßt sich gewiß streiten, aber wir werden davon mit schönen Reden und Hinweisen auf 1813 nicht loskommen.

Wenn man nun den Dawes-Bankrott als besseren Ausweg empfohlen hat, wenn Herr Hugenberg am Hermannsdenkmal seinen Mannen zurief, daß wir „eben dann alle eine Zeitlang Proletarier werden müßten", so ist es vielleicht nicht zu unbescheiden, zu fragen, ob denn wirklich jemand so dumm ist, an die geplante proletarische Lebensweise des Herrn Hugenberg zu glauben. Der Ruhrkampf ist dem deutschen Volke Lehre genug! Und die Kinder und Kindeskinder? Nun, da sei es einmal offen ausgesprochen: Wenn die Väter und Vorfahren dieser Kinder die Blut- und Hungerlast des entsetzlichen Weltkrieges tragen mußten, dann ist es nur recht und billig, wenn ihre Kinder, denen das Geschlecht von 1914/18 wenigstens das Reich noch erhalten und durch die damals unabsehbaren Revolutionswirren hindurchgerettet hat, einen Teil der finanziellen Lasten mitübernehmen müssen! Ueber Einzelheiten der finanziellen Unterschiede zwischen Young- und Dawes-Plan zu schreiben, muß auf beiden Seiten den wirklichen Fachleuten vorbehalten bleiben.

Von entscheidender Bedeutung sind die politischen und moralischen Gründe, die uns das Volksbegehren ablehnen lassen und wohl auch in erster Linie für die entsprechende Weisung unserer Bischöfe maßgebend waren. Kein Mensch wird bezweifeln, und schon die wenigen Wochen der Agitation für das Volksbegehren beweisen es, daß durch dieses Volksbegehren die schwere Gefahr einer tiefen und vielleicht bleibenden Kluft in unserem Volke entsteht. Wir dürfen als Katholiken nicht einmal so glaubenslose Gegner wie die Kommunisten hassen, hier aber wird eine Zone des Hasses im deutschen Volke geschaffen, die wertvollste Volkskreise voneinander trennt, die die alte unselige Unterscheidung zwischen nationalen und nichtnationalen Menschen wieder in gehässigster Form aufleben läßt, ja sogar die ehrliche poli-